

Grünen-Chef Cem Özdemir lobt Konzept der Interkulturellen Waldorfschule

In der politikarmen Sommerzeit suchen und finden zumal die Bundestagsabgeordneten aller Parteien Gelegenheiten, sich und ihre Sache im Gespräch zu halten. Grünen-Chef Cem Özdemir macht da keine Ausnahme. Er begab sich auf Sommertour durch die Republik und schaute auch in Mannheim vorbei: Özdemir besuchte vor Kurzem die Freie Interkulturelle Waldorfschule in der Neckarstadt.



Cem Özdemir lobt den „ganzheitlichen Ansatz“ der Waldorfschule.

Foto: www.wikimedia.org

Eine gelingende Integration setzt unter anderem Bildungserfolge voraus. Und gerade die Interkulturelle Waldorfschule in Mannheim hat sich mit ihrer ganz speziellen Integrationspädagogik bundesweit einen Namen gemacht. Es hat sich herumgesprochen, dass hier etwa 280 Jungen und Mädchen aus 31 Nationen unterrichtet werden. Großes Augenmerk wird zum einen auf die Wahrung der kulturellen Eigenheiten der Schülerinnen und Schüler mit den unterschiedlichsten Migrationshintergründen gelegt. Zum andern wird die Einbindung in das Aufnahmeland und die Pflege der deutschen Sprache so individuell wie möglich praktiziert. Über dieses Konzept informieren sich immer wieder Besucher aus vielen Bereichen der pädagogischen Landschaft.

Cem Özdemir und seinen Begleitern von Grünen-Kreisvorständen bot sich während des zweistündigen Besuchs am Neuen Messplatz Gelegenheit, den Dialog von Lehrern und Schülern in einer elften Klasse zu beobachten.

Gespräche mit Eltern, Lehrern und Schülern waren Teil des Programms, in dessen Verlauf der Bundespolitiker auch Einblicke in seinen persönlichen Werdegang gewährte. Özdemir erinnerte an manche Hürden, die er in seiner Kindheit und Jugend als Heranwachsender mit türkischen Wurzeln im schwäbischen Kernland Württemberg überspringen musste. Entscheidend sei es, bei allen Integrationsbemühungen die vorhandenen Potenziale der Jungen und Mädchen voll auszuschöpfen. Der Freien Interkulturellen Waldorfschule bescheinigte er

einen „ganzheitlichen Ansatz“, der eine maximale Förderung ermögliche. Der Grüne wandte sich entschieden gegen vorgegebene schulische Bildungswege: Ob Kinder eine staatliche oder aber eine freie Einrichtung besuchten, hätten nur die Eltern zu entscheiden.

In diesem Zusammenhang fügte Özdemir allerdings an, der Staat stehe durchaus in der Verantwortung, wenn es gelte, mögliche Bildungsnachteile auszugleichen. Dass das auch für finanzielle Fragen gelten müsse, darauf wies Susanne Piwecki hin: Die Geschäftsführerin der Schule erinnerte daran, dass der Staat nur 67 Prozent der notwendigen Finanzen zuschieße. Wünschenswert und notwendig seien hingegen 80 Prozent. Den Rest tragen Eltern und Sponsoren.

zg/HS